

Fragen

für die Fragestunde der 133. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 11. Dezember 2019

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	37, 38	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4
Bause, Margarete (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 40	Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	55, 56
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 23	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	64, 65
Brandner, Stephan (AfD)	29, 30	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 59
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	28, 34	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 43	Luksic, Oliver (FDP)	11, 18
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	52, 53	Meiser, Pascal (DIE LINKE.)	41
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	67, 68	Notz, Konstantin von, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 22
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	61, 62	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	15, 16
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	35, 36	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	26, 27	Renner, Martina (DIE LINKE.)	19
Herbrand, Markus (FDP)	13, 14	Reuther, Bernd (FDP)	60
Herbst, Torsten (FDP)	57, 58	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 45
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	1, 2	Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	6, 7
Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8	Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49, 50
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	32, 46	Spaniel, Dirk, Dr. (AfD)	51
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	17, 31	Stumpp, Margit (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 66
Kappert-Gonther, Kirsten, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10	Völlers, Marja-Liisa (SPD)	54

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Werner, Katrin (DIE LINKE.)	47, 48	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	20, 63

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.....	4
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes.....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz.....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	19

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

1. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)

Wie viele Mittel hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für das Textilsiegel Grüner Knopf im Jahr 2019 insgesamt verausgabt, und wann wird das BMZ in Anknüpfung an das Textilsiegel Grüner Knopf den Entwurf für ein Lieferkettengesetz vorlegen?
2. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)

Auf welche Projekte bezog sich Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in ihrer Rede bei der Veranstaltung „EINEWELT – Unsere Verantwortung“ am 14. November 2019 in Berlin, als sie davon sprach, dass Deutschland in den vergangenen Jahren im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit dabei geholfen hat, mehr als 160 Millionen Hektar Wald weltweit unter Schutz zu stellen, und wie viele Mittel wurden insgesamt dafür verausgabt (www.bundestkanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/rede-von-bundestkanzlerin-merkel-zur-auftaktveranstaltung-der-sdg-kampagne-des-bundesministeriums-fuer-wirtschaftliche-zusammenarbeit-und-entwicklung-am-14-november-2019-in-berlin-1691878)?
3. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwiefern plant die Bundesregierung, sich auf EU-Ebene für ein neues EU-Afrika-(Handels-)Abkommen einzusetzen, wie es Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller (www.bmz.de/20191120-2) und der Persönliche Afrikabeauftragte der Bundeskanzlerin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Günter Nooke (https://rp-online.de/politik/eu/afrikabeauftragter-guenter-nooke-europa-braucht-einen-deal-mit-afrika_aid-44049897) angekündigt haben, und in welchem Verhältnis soll dieses zur Afrikasäule des Post-Cotonou-Vertrages stehen?
4. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie positioniert sich die Bundesregierung im Rahmen der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union zum Vorhaben, 10 Prozent der Mittel des „Neighbourhood, Development und International Cooperation Instrument“ (NDICI), aus dem die außenpolitischen Vorhaben der Europäischen Union finanziert werden sollen, für den Bereich Migration zu verausgaben, und inwiefern ist nach Kenntnis der Bundesregierung eine Konditionalisierung von Entwicklungsgeldern in Bezug auf die Bereitschaft von Partnerstaaten, Migration zu unterbinden, oder der Rücknahme von Staatsangehörigen Teil der Verhandlungen zum NDICI?

5. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Forderung der Bundesminister Hubertus Heil und Dr. Gerd Müller, die Kaffeesteuer für fair angebauten und verarbeiteten Kaffee abzuschaffen (vgl. www.tagesschau.de/wirtschaft/fairtrade-kaffee-101.html), und kann diese Maßnahme nach Einschätzung der Bundesregierung dazu beitragen, die Attraktivität und den Marktanteil von fair gehandeltem Kaffee in Deutschland zu steigern (bitte begründen)?
6. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Forderung seitens zivilgesellschaftlicher Organisationen, statt der von Bundesminister Dr. Müller vorgeschlagenen steuerlichen Begünstigung von Fair-Trade-Kaffee, die nur zertifizierten Produzenten zu Gute käme, verbindliche gesetzliche Regeln für Kaffeeimporteure in Bezug auf existenzsichernde Löhne und gute Arbeitsbedingungen in Produktion und Weiterverarbeitung festzuschreiben (www.swr.de/swraktuell/kaffepreise-kaffeesteuer-fuer-fair-gehandelten-kaffee-abschaffen,mehrwertsteuer-auf-fair-gehandelten-kaffee-abschaffen-100.html)?
7. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Sieht die Bundesregierung, nachdem Bundesminister Dr. Müller im Rahmen seiner Äthiopien-Reise auf den Missstand hingewiesen hat, dass nur 1 Prozent des dort geernteten Kaffees auch im Land geröstet würde (www.tagesschau.de/wirtschaft/fairtrade-kaffee-101.html), die Notwendigkeit der Abkehr von der Freihandelspolitik der EU, die Entwicklungs- und Schwellenländer zwingt, Exportbeschränkungen abzubauen, um den Aufbau lokaler Wertschöpfungsketten zu ermöglichen, und wenn nein, warum nicht?
8. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Forderung von u. a. Ärzte ohne Grenzen e. V. (www.msf.org/gavi-should-stop-awarding-special-funds-pfizer-and-gsk-pneumonia-vaccine), dass die Impfallianz Gavi die Subventionierung der beiden Pharmafirmen Pfizer und GlaxoSmithKline (GSK) für Pneumokokkenimpfstoffe aus dem speziellen Fördertopf Advanced Market commitment (AMC) einstellen sollte, um stattdessen andere Hersteller finanziell zu unterstützen, um eine notwendige Preissenkung des Impfstoffes zu bewirken?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

9. Abgeordneter
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den beiden Urteilen des Verwaltungsgerichts Berlin vom 20. November 2019, wonach das Bundespresseamt zwei Journalisten deren Akkreditierung zum G20-Gipfel 2017 in Hamburg ohne gegebene Voraussetzungen sowie ermessensfehlerhaft widerrufen habe, für ihre künftige Praxis, und wird die Bundesregierung nach diesen zwei Urteilen – statt dagegen möglicherweise Rechtsmittel zu erheben – auch die weiteren sieben anhängigen Parallelklagen weiterer Kläger gegenüber dem Gericht rasch anerkennen (www.lto.de/recht/nachrichten/n/vg-berlin-27-k-516-17-akkreditierungen-g-20-gipfel-hamburg-widerruf-rechtswidrig-pressefreiheit/)?
10. Abgeordnete
Dr. Kirsten Kappert-Gonthier
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung zur Anzahl der zu beforschenden Objekte und menschlichen Überreste aus kolonialen Kontexten in den vom Deutschen Zentrum Kulturgutverluste (DZK) abgelehnten Projektanträgen, die in der ersten Förderphase für den Bereich „koloniale Kontexte“ eingereicht wurden, und warum wurden diese Anträge nach Kenntnis der Bundesregierung abgelehnt (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/15392)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

11. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Mit welchen steuerlichen Folgen rechnet die Bundesregierung in Bezug auf die jetzt bekannt gewordenen Forderungen des Umweltbundesamts, etwa die Abschaffung der Pendlerpauschale und die Erhöhung der Besteuerung von Kraftstoffen (bitte nach einzelnen Forderungen und ihren Folgen aufzuführen), und welche Auswirkungen hätte das nach Einschätzung der Bundesregierung auf einen durchschnittlichen Haushalt (www.welt.de/newsticker/news1/article204070162/Umwelt-Umweltbundesamt-Studie-fordert-hoehere-Spritpreise-Tempolimit-und-Elektroquote.html)?

12. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch war das Aufkommen der Kraftfahrzeugsteuer bei Pkw im letzten verfügbaren Jahr (bitte unter Nennung einer Gesamtsumme sowie der Teilsommen für alte Pkw mit einem CO₂-Ausstoß von über 95 g CO₂/km bzw. unter 95 g CO₂/km), und wie viele Pkw waren im gleichen Jahr in Deutschland insgesamt zugelassen (bitte gleichermaßen aufschlüsseln)?
13. Abgeordneter
Markus Herbrand
(FDP)
- Welche Schlussfolgerung und Konsequenzen zieht das Bundesministerium der Finanzen (BMF) aus der im Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) vom 22. November 2019 an die Abteilungsleiterinnen und -leiter für Soziales der Länder beschriebenen Einigung zwischen BMF und BMAS, dass durch den Ausschluss von „Restaurationsleistungen“ davon auszugehen ist, dass die aus Sicht des BMAS „untragbare Mehrbelastung der leistungsberechtigten Menschen mit Behinderung“, die bei einem Umsatzsteuersatz von 19 Prozent entstehen würde, vermieden wird, und welchen Zeitplan strebt das BMF an, um diese Einigung in Absprache mit den Finanzbehörden der Länder in verbindliche Rechtsnormen zu überführen und hierdurch nach meiner Meinung mit großer Verspätung vier Wochen vor Inkrafttreten der ursprünglich geplanten Regelung endlich Rechtssicherheit für die Betroffenen zu schaffen?
14. Abgeordneter
Markus Herbrand
(FDP)
- Wie verhält sich nach Kenntnis des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) die Anzahl der seit Oktober 2019 jeweils pro Monat bei der Financial Intelligence Unit (FIU) eingegangenen Verdachtsmeldungen auf Geldwäsche bzw. Terrorismusfinanzierung zu der Anzahl von Meldungen, die seitdem jeweils zum Monatsende an Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet wurden, ins sogenannte Monitoring verschoben wurden oder bei der FIU in Bearbeitung waren (bitte – vorläufige – Angaben aus dem Monat Dezember 2019 integrieren), und inwieweit ist es nach Ansicht der Bundesregierung kontraproduktiv für das Anwerben von kriminalistischer Erfahrung in der FIU, dass Polizistinnen und Polizisten früher pensioniert werden als Beschäftigte des Zolls/der FIU (vgl. Regelung nach § 5 des Bundespolizeibeamtengesetzes; eine vergleichbare Regelung für die Beschäftigten des Zolls existiert nicht)?
15. Abgeordneter
Tobias Matthias
Peterka
(AfD)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor, um welche konkreten Pläne es sich bei dem genannten Ziel der Kommissionspräsidentin Dr. Ursula von der Leyen, eine europäische Arbeitslosenrückversicherung einzuführen, handelt,

und wird die Bundesregierung prüfen, ob eine Gefahr grundgesetzwidriger Ausweitung des Berechtigtenkreises des deutschen Sozialkassensystems oder sonstige verfassungsrechtliche Bedenken vorliegen (vgl. dazu WELT ONLINE vom 27. November 2019 – <https://bit.ly/2OQt10G>, abgerufen am 4. Dezember 2019)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

16. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung hinsichtlich des Vorliegens einer Einreisesperre bezüglich der rund 30 000 Asylbewerber, die seit 2012 Deutschland verlassen haben und dann wieder eingereist sind, um danach, wie erfahren, weitere Male Asyl zu beantragen (vgl. hierzu die Antwort auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten Martinichert vom 18. November 2019 auf Bundestagsdrucksache 19/15583)?
17. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Was kann die Bundesregierung Genaueres (etwa wichtigste Gründe für Wiedereinreisesperren oder Haftbefehle, Hauptherkunftsländer der Betroffenen, Verteilung auf Grenzabschnitte, Gesamtzahl der Kontrollen) zu den Personen sagen, die seit Beginn schärferer Kontrollen an den deutschen EU-Binnengrenzen mit einer Wiedereinreisesperre bzw. mit offenem Haftbefehl aufgegriffen wurden (vgl. Agenturmeldungen vom 4. Dezember 2019), und wie lauten die Vergleichszahlen für einen entsprechend langen Zeitraum direkt vor Anordnung schärferer Kontrollen (bitte ausführen)?
18. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Welche Auswirkungen haben die Grenzkontrollen an den Bundesautobahnen im Freistaat Bayern auf den Verkehrsfluss, und welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um diesbezüglich Staus zu verhindern und den Verkehr zu beschleunigen?
19. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wie viele Ermittlungsverfahren werden derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung gegen Angehörige der GSG 9 geführt (bitte unter Nennung der 28 häufigsten Tatvorwürfe antworten)?

20. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
Wie viele Stellen waren nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils Ende der Jahre 2009 bis 2018 und sind derzeit im öffentlichen Dienst des Bundes unbesetzt (bitte auch den prozentualen Anteil an den Stellen insgesamt angeben)?
21. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Hat die Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZITiS) Zugriff auf personenbeziehbare Daten erlangt bzw. verarbeitet ZITiS personenbezogene Daten etwa aus dem Bereich sozialer Netzwerke, und wenn ja, in welchem Rahmen, und auf welcher Rechtsgrundlage?
22. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wie viele Personen, die der rechtsextremen Kampfsportszene zugerechnet werden können, haben nach Kenntnis der Bundesregierung waffenrechtliche Erlaubnisse?
23. Abgeordneter
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wird die Bundesregierung nach dem aktuellen Vorbild der Berliner Landesregierung (<https://taz.de/Polizeibeauftragter-fuer-Berlin/!5644768/>) auch für Bundespolizei, Zoll und ähnliche Organe in absehbarer Zukunft ebenfalls die Stelle eines „Polizeibeauftragten“ einrichten, und falls nein, warum nicht?
24. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche konkreten Zielvorgaben hat sich die Bundesregierung im Rahmen der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung gesetzt, und welche Veranstaltungen sind in diesem Rahmen für das Jahr 2020 in Planung?
25. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Gibt es mittlerweile eine Positionierung der Bundesregierung zur Europäischen Bürgerinitiative zum „Minority SafePack“ (vgl. Antwort zu den Fragen 1 und 2 auf Bundestagsdrucksache 19/10513), und welche konkreten Vorhaben hat die Bundesregierung zusätzlich aufgrund der Minority-SafePack-Initiative in ihre Agenda aufgenommen?
26. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Auffassung des Bundesrates in seiner Stellungnahme vom 20. September 2019 zum Dritten Waffenrechtsänderungsgesetz, wonach es sich bei der Armbrust um eine „äußerst gefährliche Schusswaffe“ handle und die bisherige gesetzliche Privilegierung der Armbrust daher nicht gerechtfertigt sei (Bundestagsdrucksache 19/13839, S. 143), und welche gesetzlichen Ergänzungen sind ggf. für den Umgang mit soge-

nannten Pistolenarmbrüsten erforderlich, die mit Stahlkugelfunktion ausgestattet werden können und schnelles Nachladen ermöglichen?

27. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.) Betrachtet die Bundesregierung die Fahne der auch als Rojava bezeichneten Demokratischen Föderation Nordsyrien in den gelb-rot-grünen Längsstreifen als verbotene Ersatzfahne im Rahmen des PKK-Kontexts, und wenn ja, wie begründet sie eine solche Einordnung?
28. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.) Welche deutschen Behörden haben gegenüber russischen Behörden im Zusammenhang mit dem Mord an dem Georgier Selimchan Changoschwili im August 2019 in einem kleinen Park in Berlin-Moabit „wiederholt hochrangige und nachdrückliche Aufforderungen“ (AFP vom 4. Dezember 2019) um offizielle Zusammenarbeit im Rahmen der Amtshilfe bzw. Rechtshilfe ersucht (bitte nach Daten unter Angabe der deutschen und russischen Behörden einschließlich möglicher Fristsetzung zur Reaktion auflisten), und mit welcher Begründung wurde nach Kenntnis der Bundesregierung die Einstufung von Selimchan Changoschwili als islamistischer Gefährder durch das Bundeskriminalamt nach zwei Jahren aufgehoben (www.heise.de/tp/features/Berliner-Tschetschenenmord-Maasweist-russische-Diplomaten-aus-4604079.html), und das, obwohl Selimchan Changoschwili den deutschen Sicherheitsbehörden wegen „Verbindungen ins kriminelle Milieu“ weiterhin im Blick geblieben ist (www.tagesschau.de/investigativ/berlin-toetung-georgien-103.html)?
29. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Wie viele Beamte aus Bundesministerien, den obersten Bundesbehörden im Geschäftsbereich der Bundesregierung und/oder dem Bundeskanzleramt sind in den Fraktionen des Deutschen Bundestages zum Stichtag 1. November 2019 tätig (bitte aufschlüsseln nach Gesamtanzahl aus den entsendenden/abordnenden Bundesministerien und Gesamtanzahl in den Fraktionen des Deutschen Bundestages)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

30. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Was sind die Rechtsquellen (also z. B. Verordnungen, Gesetze, internationale Abkommen u. Ä.) für diejenigen Punkte des Globalen Paktes für sichere, geordnete und reguläre Migration (GCM), die

gemäß der Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 21, Plenarprotokoll 19/120 bereits vor der Unterzeichnung dieses Paktes keiner gesetzgeberischen Maßnahme für ihre Gültigkeit bedurften, da sie bereits vorher Gültigkeit besaßen, und auf welche Gesetzesinitiativen haben diese Punkte sich ausgewirkt?

31. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Welche Angaben zum Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten für die Monate Oktober bzw. November 2019 kann die Bundesregierung machen (bitte so darstellen wie zuletzt im Plenarprotokoll 19/100, S. 12129, Antwort zu Frage 39), und warum wurde die Zahl der in den entsprechenden Visastellen insgesamt eingesetzten Beschäftigten von 2018 auf 2019 leicht reduziert (vgl. Antwort des Auswärtigen Amts vom 22. November 2019 an mich zur ergänzenden Beantwortung der Mündlichen Frage 60 in der Fragestunde vom 6. November 2019), obwohl es nach meiner Auffassung im Gegenteil eine deutliche Aufstockung des Personals geben müsste, um so viele Visumsanträge nach § 36a des Aufenthaltsgesetzes bearbeiten und an die Ausländerbehörden versenden zu können, dass das Bundesverwaltungsamt im Ergebnis eine Auswahlentscheidung und Priorisierung nach den in § 36a des Aufenthaltsgesetzes genannten humanitären Gründen vornehmen kann (dies ist erst möglich, wenn dem Bundesverwaltungsamt 3 000 Anträge vorliegen, was noch nie der Fall war, vgl. Bundestagsdrucksache 19/14640, Antworten zu den Fragen 17 bis 20; bitte ausführen)?

32. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Verfügt die Bundesregierung inzwischen über weitere Kenntnisse oder Hinweise zur Beteiligung ukrainischer Behörden an der Webseite „Mirotworez“, auf der „Staatsfeinde“ der Ukraine gelistet sind und die neben meinem Namen weitere Namen von Bundestagsabgeordneten aufführt (Bundestagsdrucksache 19/11668), und inwiefern handelt es sich aus Sicht der Bundesregierung bei der Listung ukrainischer oder ausländischer Staatsangehöriger, deren Wohnadressen sowie die Wohnadressen ihrer Familienmitglieder in der Rubrik „Fegefeuer“ angegeben sind, um eine Verfolgung wegen einer politischen Überzeugung?

33. Abgeordnete
Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Plant die Bundesregierung angesichts der Hinweise auf psychische Folter an Wikileaks-Gründer Julian Assange in seiner britischen Haft (www.tagesspiegel.de/politik/julian-assange-in-isolationshaft-warum-hilft-kein-eu-land-dem-wikileaks-gruen)

der/25289274.html), sich gegenüber der britischen Regierung auf diplomatischem Wege für Pressefreiheit und gegen Folter einzusetzen?

34. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) davon, dass die türkische Armee damit begonnen haben soll, die von ihr völkerrechtswidrig besetzten rund 120 Kilometer lange und 30 Kilometer tiefe Zone zwischen den syrischen Grenzstädten Tal Abjad und Ras Al-Ain – die in regierungsnahen türkischen Medien gezeigten Landkarten unter Berufung auf den Nationalpakt (Misak-i Milli) aus dem Jahr 1920 als türkisches Territorium ausgewiesen wird – durch den Bau einer Betonmauer vom syrischen Staatsgebiet abzutrennen (www.jungewelt.de/artikel/368008.ankara-baut-mauer.html), und welche konkreten Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um diesen Landraub ihres NATO-Partners Türkei, der nach meiner Auffassung einen Verstoß gegen die territoriale Integrität und Souveränität der Syrischen Arabischen Republik darstellt, zu sanktionieren?
35. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wie schätzt die Bundesregierung den stockenden Prozess des Verfassungskomitees in Syrien ein, bzw. wie positioniert sie sich zu den Forderungen der kurdischen Vertreterinnen und Vertreter am Prozess mit einbezogen zu werden (<https://anfeuttsch.com/rojava-syrien/syrisches-verfassungskomitee-in-der-sackgasse-15763>)?
36. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Korruptionsskandal um oppositionelle Parlamentsabgeordnete um den selbsternannten Interimspräsidenten von Venezuela, Juan Guaidó (www.reuters.com/article/us-venezuela-politics-analysis/misled-his-moment-opposition-corruption-scandal-undermines-venezuelas-guaido-idUSKBN1Y72BB)?
37. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung von der humanitären Situation im westbosnischen Camp Vučjak bei Bihac, in dem sich seit Dienstag, den 3. Dezember 2019 rund 600 Geflüchtete im Hungerstreik befinden, um auf die dort herrschenden dramatischen Verhältnisse aufmerksam zu machen, besonders vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Menschenrechtskommissarin des Europarats, Dunja Mijatovic, bei ihrem Besuch am 3. Dezember 2019 die sofortige Schließung des Camps forderte, und welche konkrete Unterstützung plant die Bundesregierung in dieser Region, eingedenk des Einbruchs des Winters, wie die Bilder der letzten Tage zeigen, mit

dem Absinken der Temperaturen auf minus 5 Grad und der damit konkret verbundenen Gefahr, dass Menschen aufgrund der Wetterbedingungen sterben könnten (vgl. orf.at/stories/3146583/)?

38. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Unterstützung der turkmenischen Kämpfer des Islamischen Staates (IS) durch den türkischen Staat, wonach sie „mit allen Mitteln“ unterstützt werden und sogar aus Lagern in Syrien in die Türkei gebracht und dort freigelassen werden sollen (<https://anfdeutsch.com/rojava-syrien/die-tuerkei-benutzt-turkmenische-is-mitglieder-15867>), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus für die Zusammenarbeit mit der Türkei, wenn diese tatsächlich, wenn auch mittelbar, mit Kämpfern des Islamischen Staates zusammenarbeitet?
39. Abgeordnete
Margarete Bause
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung gezielte Sanktionen – analog zu den Einreisesperren, die nach der Ermordung des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi ergriffen wurden – gegen den Parteisekretär Chen Quanguo und andere Verantwortliche der schweren Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang (www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=23452&LangID=E; www.hrw.org/report/2018/09/09/eradicating-ideological-viruses/chinas-campaign-repression-against-xinjiangs), und wenn nein, warum nicht?
40. Abgeordnete
Margarete Bause
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung ihren stellvertretenden Sitz im UN-Sicherheitsrat und den Sitz im UN-Menschenrechtsrat nutzen, um sich für Mandatierung eines Beweismittelmechanismus zur Untersuchung, Dokumentation und Aufklärung der schweren Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang einzusetzen und mit Nachdruck den Zugang für unabhängige Beobachter und Beobachterinnen des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte in die Region Xinjiang zu fordern?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Energie**

41. Abgeordneter
Pascal Meiser
(DIE LINKE.)
- Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland die Summe der gesamten Gewinne (vor und nach Steuern) in der Kurier-, Express- und Paketbranche seit 2008 entwickelt (bitte jährlich aufschlüsseln)?
42. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann plant Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier vor dem Hintergrund, dass er im April 2019 angekündigt hat, eine überarbeitete Version der „Industriestrategie 2030“ vom Februar 2019 im Sommer 2019 ins Kabinett einzubringen (www.manager-magazin.de/politik/deutschland/peter-altmaier-laesst-wirtschaft-an-strategiepapier-mitarbeit-en-a-1263812.html), seine Industriestrategie ins Kabinett einzubringen, oder, für den Fall, dass er dies nicht plant, welchen Stellenwert hat eine Industriestrategie, wenn nicht geplant ist, sie in eine Position der Bundesregierung bzw. in Regierungshandeln zu überführen?
43. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Stellt die Forderung der „Industriestrategie 2030“ nach einer Reform des Arbeitszeitgesetzes, die nach meiner Auffassung auf eine Ausweitung der täglich möglichen Höchstarbeitsgrenzen hinauslaufen könnte, eine Position der Bundesregierung dar, oder ist diese Forderung lediglich eine Positionsbestimmung des Bundesministers?
44. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viel Fläche könnte nach Berechnungen der Bundesregierung von den bestehenden Potenzialflächen nach der neuen Regelung aus dem Textentwurf eines Gesetzes zum Mindestabstand von Windenergieanlagen zu Wohngebäuden noch genutzt werden, und wurde die Berechnung für den Artikel in der jetzigen Fassung gegenüber den Berechnungen vom Umweltbundesamt 2013 noch einmal angepasst?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz
und für Verbraucherschutz**

45. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Schreiben von EU-Kommissionsvize Valdis Dombrovskis (Berschens, Ruth: Deutsche Basiskonten im Fokus, in Handelsblatt, 3. Dezember 2019, S. 10), in welchem aufgrund der hohen

Kontoführungsgebühren für Basiskonten, der hohen Strafzinsen bei vorzeitiger Tilgung festverzinslicher Hypotheken und der weit verbreiteten Praxis einer Verknüpfung von Restschuldversicherungen mit Hypotheken eine Überprüfung der Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinien in deutsches Recht durch die Kommission angekündigt wird, und sieht sie bei den beklagten Missständen ihrerseits Handlungsbedarf?

46. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Inwiefern trifft es zu, dass „die russische Seite“ in Ermittlungen zu dem Mord an einem Georgier im Berliner Tiergarten deutsche Ermittler „abblitzen“ ließ (<https://twitter.com/alexehock/status/1201822457042259970>), und auf welchem Wege haben sich deutsche Behörden auf den üblichen Kanälen um Rechtshilfe bemüht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

47. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Zu welchem Zeitpunkt wird das BMFSFJ einen Entwurf für ein Demokratiefördergesetz vorlegen, wie es von Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey befürwortet wird, um Projekte gegen Rechtsextremismus, Rassismus und für Demokratie dauerhaft und gezielt zu fördern, und wann soll es nach Vorstellung der Bundesregierung in Kraft treten (vgl. www.tagesspiegel.de/politik/nach-dem-anschlag-von-halle-wir-brauchen-ein-demokratiefoerdersgesetz/25138746.html)?
48. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welche zentralen Maßnahmen und welche Fördermaßnahmen sollen durch das Demokratiefördergesetz geschaffen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

49. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie setzt sich das Wertpapierportfolio des Pflegevorsorgefonds (§ 131 des Elften Buch Sozialgesetzbuch) zusammen?

50. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Woran bemisst sich für die Bundesregierung, ob ein Mensch in der Lage ist, sein Leben selbstbestimmt zu gestalten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

51. Abgeordneter
Dr. Dirk Spaniel
(AfD)
- Wie sollen über 100 000 Ladestationen pro Jahr ab 2022 entstehen, wenn das Ziel des am 4. November 2019 stattgefundenen Autogipfels, bis 2030 eine Million Ladestationen in unserem Land installiert zu haben, realisiert werden soll (www.deutschlandfunk.de/ergebnisse-des-autogipfels-hoehere-kaufpremier-und-schnell.1773.de.html?dram:article_id=462632)?
52. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, eine Rechtsgrundlage zu schaffen, mit der Verkehrsunternehmen verpflichtet werden, Mobilitätsplattformen umfassend und aktuell Daten (Echtzeitinformationen, Fahrplanänderungen, Preise, Barrierefreiheit eingesetzter Fahrzeuge usw.) zur Verfügung zu stellen, und wie bewertet die Bundesregierung die vom Bundeskartellamt eingeleitete Prüfung der Deutschen Bahn AG im Hinblick auf die mögliche Behinderung von Mobilitätsplattformen (siehe Artikel „Kartellamt knöpft sich die Bahn vor“ im Handelsblatt vom 29. November 2019)?
53. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie priorisiert die Bundesregierung die drei Ziele barrierefreier Einstieg in Dosto-Wagen, 76 cm Bahnsteighöhe und keine steilen Rampen im Zug (vgl. Stadler-Zugbestellung der DB Regio Schleswig-Holstein für das E-Netz Ost, Hamburg–Lübeck), und welche Überlegungen hat die Bundesregierung darüber angestellt, auf welches der drei Ziele sie als erstes verzichtet, wenn Behindertenverbände (vgl. NDR-Beitrag, www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Hamburg-Luebeck-Neue-Zuege-nicht-barrierefrei.barrierefreiheit.164.html) die Regelung in der TSI PRM in Nummer 4.2.2.9. mit 15 Prozent steilen kurzen Rampen im Zug als nicht barrierefrei einstufen?
54. Abgeordnete
Marja-Liisa Völlers
(SPD)
- Wie viele Gleise kommen bei der im Bundesverkehrswegeplan 2030 genannten Strecke „ABS/NBS Hannover–Bielefeld“ zwischen Hannover und Bielefeld grundsätzlich in Frage, wenn in

dem in der achten Kalenderwoche stattgefundenen Berichterstattergespräch mit den Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD und dem Parlamentarischen Staatssekretär Enak Ferlemann als Vertreter der Bundesregierung zum geplanten Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz nicht mehr nur wie bislang von vier, sondern jetzt von mindestens vier Gleisen die Rede war?

55. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich die Anzahl der nichtüberdachten und überdachten Fahrradabstellanlagen an Bahnhöfen und Haltestationen der Deutschen Bahn AG in Niedersachsen in den Jahren 2018 und 2019 entwickelt (bitte jahresscheibengenau die jeweilige Anzahl der nichtüberdachten und der überdachten Fahrradabstellanlagen an Bahnhöfen und Haltestationen angeben)?
56. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Fahrradparkhäuser gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit in Niedersachsen, und welche Kapazitäten haben sie jeweils (bitte detailliert darstellen, wo sich die Fahrradparkhäuser befinden und welche Kapazitäten sie jeweils haben)?
57. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie haben sich die Anzahl sowie der Anteil beheizbarer Bahnweichen im Schienennetz der Deutschen Bahn AG nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?
58. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie sollen sich die in der Digitalklausur der Bundesregierung angekündigten 5 000 zusätzlichen Mobilfunkstandorte auf die einzelnen Bundesländer verteilen (www.bundesregierung.de/breg-de/themen/digitalisierung/mobilfunkstrategie-1693528)?
59. Abgeordneter
Stephan Kühn (Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kosten sind für den Bund seit 2013 im Zusammenhang mit der Einführung der Infrastrukturabgabe und der seit Bekanntwerden des Urteils des Europäischen Gerichtshofs eingeleiteten Beendigung der Mautverträge bisher insgesamt entstanden (Stand: 6. Dezember 2019), und welche Kosten, inbegriffen die Entschädigungsansprüche von Autoticket und ihrer Unterauftragnehmer (siehe SPIEGEL ONLINE vom 24. Oktober 2019) sowie die Schätzungen des Bundes über potentielle Schadensersatzansprüche der Betreiberfirmen, werden seitens des Bundes noch erwartet?

60. Abgeordneter
Bernd Reuther
(FDP) Wie viele der unbesetzten Stellen bei der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes und der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt sind zum jetzigen Zeitpunkt ausgeschrieben?
61. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Für welche konkreten Bauarbeiten fallen nach der Fertigstellung des Hauptterminals am Flughafen Berlin Brandenburg noch 212 Millionen Euro an und inwieweit würde sich eine Nichtbewilligung dieser Mittel auf die Eröffnung des Flughafens Berlin Brandenburg auswirken?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

62. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Mit welcher Begründung hat die Bundesregierung die Veröffentlichung des Papiers zum Klimaschutz im Verkehr des Umweltbundesamts (UBA) im Juni 2019 verhindert (www.sueddeutsche.de/wirtschaft/umweltbundesamt-klima-verkehr-sprit-praise-1.4709948temp), und was schlussfolgert die Bundesregierung aus der Diskrepanz zwischen den Berechnungen des UBA und den Maßnahmen im von der Bundesregierung vorgelegten sogenannten „Klimapaket“ im Bereich Verkehr insbesondere in Hinblick darauf, ob die Maßnahmen ausreichen, um die Klimaschutzziele zu erreichen?
63. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.) Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren von 2010 bis 2018 der Anteil der Betroffenen von Umweltverschmutzung, Schmutz oder sonstigen Umweltproblemen (im Sinne der Definition des Europäischen Statistikamts) an der Bevölkerung entwickelt (bitte differenzieren nach insgesamt, unter 60 Prozent des medianen Äquivalenzeinkommens und über 60 Prozent des medianen Äquivalenzeinkommens), und wie bewertet die Bundesregierung den Trend dieser Entwicklung über den Gesamtzeitraum?
64. Abgeordnete
Sylvia Kottling-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Was ist die Erklärung dafür, dass in der Tabelle der vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) erfassten Ausfuhren auf Bundestagsdrucksache 18/5360 zwei Transporte von rund 300 bzw. 401 Tonnen abgereichertem Uran von der Urananreicherungsanlage Gronau nach Frankreich mit dem Anzeige- bzw. Abfertigungsdatum 21. Januar 2014 bzw. 17. Februar 2015

aufgeführt werden, in der analogen Tabelle der vom BAFA erfassten Ausfuhren auf Bundestagsdrucksache 19/5231 diese beiden Transporte jedoch nicht enthalten sind (vgl. auf Bundestagsdrucksache 18/5360 Tabellenabschnitte auf Seite 304 bzw. 316 und auf Bundestagsdrucksache 19/5231 Tabellenabschnitte auf Seite 1 054 bzw. 1 059), und ggf. wo auf Bundestagsdrucksache 19/5231 finden sich diese beiden Transporte stattdessen wieder?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

65. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was sind im kommenden halben Jahr auf EU-Ebene die bereits avisierten Termine unter Beteiligung der Bundesregierung, auf denen (auch) die EU-seitigen Finanzmittel für das Kernfusionsprojekt ITER in den kommenden Jahren diskutiert bzw. beraten werden (bitte vollständige Auflistung mit jeweiligem Datum), und welche aktuellen Kenntnisse hat die Bundesregierung über die wesentlichen Meilensteine der aktuellen ITER-Projektplanung bis zum sogenannten First Plasma (bitte mit zeitlichen Angaben zu Meilensteinen und Stand/Datum der Projektplanung)?
66. Abgeordnete
Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche weiteren Schritte plant die Bundesregierung zur Umsetzung des im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vereinbarten Nationalen Bildungsrates nach dem Ausstieg von Bayern und Baden-Württemberg?
67. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern sind die Mitglieder von Aufsichts- und Beratungsgremien in außeruniversitären Forschungsorganisationen und -einrichtungen mit Bundesbeteiligung öffentlich zugänglich zu machen, und unter welchen Umständen können hier Ausnahmen gemacht werden?
68. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchen Fällen sind erst nach Amtsantritt der Leitung einer außeruniversitären Forschungsorganisation die Nebentätigkeiten einer Forschungseinrichtungsleitung abschließend durch das BMBF geprüft worden (bitte begründen), und welche Konsequenzen hat das BMBF aus diesen Fällen gezogen (www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/die-durchwachsene-bilanz-von-helmholtz-chef-otmar-wiestler-16480805.html)?

